

Drei Zahnradbahnen in der Ostschweiz droht mangels Passagieren das Aus **SEITE 14**

Seit dem Flugzeugabsturz im August 2018 darf die Ju-Air nicht mehr fliegen – das soll sich bald ändern **SEITE 15**

# Jositsch fordert einen Kurswechsel

Der SP-Ständerat sagt, seine Partei solle es der FDP gleichtun und dem Rahmenabkommen zustimmen



«Ich bin und bleibe in der Partei und ringe dort um den Kurs der SP», sagt Daniel Jositsch.

ANTHONY ANEX / KEYSTONE

Der Übertritt der ehemaligen SP-Nationalrätin Chantal Galladé zur GLP schlägt hohe Wellen. Galladé gehörte zum sozialliberalen Flügel der SP. Von dort kommt nun die Forderung, die SP müsse sich für das Rahmenabkommen aussprechen.

LARISSA RHYM

Das Rahmenabkommen ist für die SP ein Klotz am Bein. Die traditionell proeuropäische Partei tut sich schwer damit, zugunsten der bilateralen Beziehungen ihre Vorbehalte bei den flankierenden Massnahmen aufzugeben. Solange der Lohnschutz nicht verbessert werde, sei man nicht bereit, dem Rahmenabkommen zuzustimmen, lassen die Sozialdemokraten seit Monaten verlauten. Der sozialliberale Flügel der SP ist damit schon länger unzufrieden.

Für alt Nationalrätin Chantal Galladé hat das Rahmenabkommen nun sogar den Ausschlag gegeben, aus der SP auszutreten und zu den Grünliberalen überzulaufen. «Vor 30 Jahren bin ich der SP beigetreten. Damals stand gerade die SP für Offenheit zu Europa», sagte sie im Interview mit dem «Tages-Anzeiger». Heute aber vermisse sie eine vernünftige, lösungsorientierte Beziehung zur EU. Am Tag nach Galladés Rücktritt wird Daniel Jositsch, Vizepräsident der SP-Fraktion im Ständerat, deutlich: «Je schneller die SP ihre Position zum Rahmenabkommen ändert, desto besser», sagt er der NZZ auf Anfrage. «Die FDP hat sich letzte Woche zu einem Ja zum Rahmenabkommen durchgerungen, wir sollten die zweite Partei sein, die diesen Schritt macht.»

## Basis für Neupositionierung

Jositsch ist überzeugt, es gebe klare Indizien dafür, dass die SP-Basis Probleme mit dem jetzigen europapolitischen Kurs der Partei habe: «Dieser Wechsel in der Position der SP zur Europapolitik verstört jeglichen Proeuropäer, ich höre laufend «Macht endlich was für das Rahmenabkommen».» SP-Ständerat Claude Janiak, der wie Jositsch dem sozialliberalen

Flügel der Partei angehört, teilt diese Auffassung. Er ist überzeugt, dass ein Teil der SP-Wählerschaft durch den gegenwärtigen europapolitischen Kurs der Partei vergrault werde: «Wenn man beim Rahmenabkommen schon von vornherein alle Türen zumacht, ist das sicher nicht hilfreich im Hinblick auf die Wahlen.» Und er ergänzt: «Ich habe Mühe damit, Herr Pardini an der Seite von Herrn Blocher gegen das Rahmenabkommen kämpfen zu sehen.»

Mit dem heutigen Kurs beim Rahmenabkommen gebe die SP auf heikles Terrain, glaubt auch Yvonne Beutler, SP-Stadträtin in Winterthur, die zusammen mit Jositsch und anderen sozialliberalen Vertretern der SP die reformorientierte Plattform gegründet hat. Es gebe viele Wähler, welche die SP grundsätzlich unterstützten, denen aber die Verweigerungshaltung der Sozialdemokraten in den bilateralen Beziehungen zur EU sauer aufstosse. Darum findet Beutler, ähnlich wie Jositsch, die SP müsse beim Rahmen-

abkommen so bald wie möglich «den Rank bekommen».

Nicolas Haesler, Mediensprecher der SP Schweiz, sagt, die Position der SP bleibe zum heutigen Zeitpunkt wie gehabt: «Wir sind weiterhin klar für ein Rahmenabkommen mit der EU. Für uns ist aber der Lohnschutz für Schweizer

## Die SP hat sich verrannt

Kommentar auf Seite 11

Arbeitnehmende zentral, und daher können wir dem Abkommen in der jetzigen Form nicht zustimmen.» Die Partei wolle im Anschluss an die geplanten Konsultationen zum Rahmenabkommen am 11. März erneut Stellung nehmen.

In der ersten Sotomo-Umfrage zu den Wahlen 2019 zeichnet sich ein Verlust der SP von 1,4 Prozentpunkten ab. Die Grünliberalen hingegen sollen laut

## Galladé erwischt die Zürcher SP auf dem falschen Fuss

flu. · 30 Jahre lang hat Chantal Galladé in der SP politisiert, jetzt hat sie einen Schlussstrich gezogen. Sie wechselt per sofort zu den Grünliberalen, wie sie am Mittwoch in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» sagte. Der Austritt der früheren Zürcher Nationalrätin ist ein herber Schlag für die reformorientierte Plattform, das interne Sammelbecken der Sozialliberalen, bei dem Galladé mitgewirkt hatte. Sie möchte die Diskussionen überhaupt nicht missen und sei nach wie vor überzeugt, dass es diese Plattform brauche, betont Galladé. Sie sei aber zum Schluss gekommen, dass der sozialliberale Flügel trotz allem nicht das gewünschte Gesicht erhalten habe und sie ihre Ressourcen bei den Grünliberalen wirkungsvoller einsetzen könne.

Als unmittelbaren Anlass für den Parteiwechsel nennt Galladé den Streit um den EU-Rahmenvertrag. Die abwehrende Haltung der SP habe das Fass zum Überlaufen gebracht, bestätigt sie im Interview. Bei dem Abkommen stehe viel zu viel auf dem Spiel, als dass «es sich

eine Partei leisten könnte, stur auf einem ideologischen Kurs zu verharren».

Die Zürcher SP-Spitze wurde vom Austritt überrascht. Der Co-Parteipräsident Andreas Daurù nennt ihn unschön, man nehme ihn mit Bedauern zur Kenntnis. Galladé habe in der Vergangenheit zwar verschiedentlich Kritik geübt, was in Ordnung gewesen sei. Er habe aus den Äusserungen aber nie herausgehört, dass ein Wechsel für sie in Betracht komme.

Ungelegen kommt der Schritt für die SP auch, weil in Zürich in einem Monat gewählt wird. Dass die Partei intern ein Problem mit dem sozialliberalen Flügel habe, will Co-Präsident Daurù nicht gelten lassen. Viele Mitglieder würden sich dazu zählen und sich trotzdem stark für die Partei engagieren, sagt er.

Allerdings liegt der letzte Konflikt noch nicht lange zurück. Vor rund zwei Jahren gab es einen heftigen Streit zwischen dem linken Parteiflügel und Sicherheitsdirektor Mario Fehr. Er gipfelte im Rücktritt von Daniel Frei, dem damaligen Parteipräsidenten. Im letzten

der Umfrage um 1,8 Prozentpunkte zulegen. Da könnte der Wechsel eines ehemaligen Aushängeschildes der SP zur GLP Signalwirkung haben.

## Werden Sozialliberale gehört?

Jositsch hat mit Galladé über ihren Entscheid zum Parteiwechsel diskutiert: «Ich teile die Vorbehalte, die sie gegenüber der SP hat. Aber man muss bei einem solchen Schritt unterscheiden, ob man zum Führungspersonal der Partei gehört oder nicht.» Als SP-Ständerat und Vizepräsident der Fraktion sei sein Weg darum ein anderer. «Ich bin und bleibe in der Partei und ringe dort um den Kurs der SP.»

Galladé war Teil der reformorientierten Plattform der SP. Es scheint ihr aber nicht mehr genügt zu haben, innerhalb der SP im sozialliberalen Flügel zu politisieren. Der Zürcher Nationalrat Daniel Frei findet Galladés Entscheidung sehr bedauerlich. «Das Ziel der Plattform ist es gerade, die sozialliberalen Kräfte zu bündeln und ihre Positionen sichtbar und hörbar zu machen.» Frei sagt, er wolle dieses Fähnlein hoch halten. Wichtig sei, dass die SP breit aufgestellt sei.

Doch geht die SP zu wenig auf ihren sozialliberalen Flügel ein? Jositsch bestätigt, der Umgang mit parteiinternen Strömungen, die von der Mehrheitsposition abweichen, sei nicht gerade zimperlich: «Die Politik ist kein Streichelzoo, es wird hart um Positionen gerungen – das stört mich persönlich aber nicht.» Auch Beutler ist der Meinung, pointiert sozialliberale Positionen hätten einen schwierigen Stand in der SP. «Trotzdem konnten wir aber beispielsweise bei der Steuer/AHV-Vorlage unsere Argumente einbringen – auch wenn andere Stimmen in der Partei deutlich lauter sind.» SP-Mediensprecher Haesler verteidigt die Partei: Alle «relevanten politischen Strömungen», die sich links der Mitte bewegten, hätten in der SP immer Platz gehabt, und das solle auch so bleiben. Man bedaure Galladés Austritt deswegen sehr.

Galladé sei eine Stütze der reformorientierten Plattform gewesen, findet Beutler. Dass ihr Parteiwechsel Signalwirkung haben könnte und weitere Parteimitglieder zur GLP wechseln könnten, glaubt sie allerdings nicht. Die Berner Regierungsrätin Evi Allemann teilt diese Ansicht: «Viele Mitglieder – mich eingeschlossen – sind es gewohnt, dass ihre Meinung nicht immer deckungsgleich mit der Position der Partei ist, das muss aber nicht zum Parteiaustritt führen.»

Frühling entschieden die Delegierten, bei den Wahlen wieder mit Fehr anzutreten. Seither ist es nach aussen ruhig.

Die Zürcher Grünliberalen empfangen Galladé mit offenen Armen. Seit der Veröffentlichung der Zeitungsinterviews hätten sich schon einige Personen gemeldet und ebenfalls Interesse an einem Beitritt bekundet, sagt Co-Präsidentin Corina Gredig. Darunter befänden sich auch Vertreter anderer Parteien. Man werde mit ihnen in den nächsten Wochen Gespräche führen. Gredig ist Ende 2018 mit Nicola Forster, einem Mitgründer von Operation Libero, ins Co-Präsidium der Kantonalpartei gewählt worden.

Chantal Galladé war von 2003 bis 2018 Mitglied des Nationalrats. Im vergangenen Sommer wurde sie zur vollamtlichen Kreisschulpräsidentin von Winterthur-Töss gewählt. 2007 hatte sie für den Ständerat kandidiert. Um die Wahl des SVP-Kandidaten Ueli Maurer zu verhindern, zog sie sich vor dem zweiten Wahlgang zurück – zugunsten der Grünliberalen Verena Diener.

## Experte sieht Staatsbeihilfen in Gefahr

Gutachten zum Rahmenabkommen veröffentlicht

For. Bern · Die fundierte Analyse des Rahmenabkommens mit der EU nimmt Fahrt auf. Am Mittwoch hat die Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrats jene beiden Gutachten veröffentlicht, die sie beim Basler Professor Philipp Zurkinden und beim früheren Präsidenten des Efta-Gerichtshofs Carl Baudenbacher in Auftrag gegeben hatte. Zurkinden hat sich mit den Auswirkungen des Abkommens auf den Schweizer Lohnschutz und die staatlichen Beihilfen befasst. Bereits 2018 hatte Zurkinden für die Kantone den Beihilfenteil des Vertragsentwurfs untersucht.

## Weitreichende Folgen

Im neuen Gutachten weist Zurkinden darauf hin, dass das institutionelle Abkommen unmittelbare Folgen auch für die Auslegung der Beihilferegeln im Freihandelsabkommen von 1972 habe. Er verweist auf einen dem Abkommen beigelegten Entwurf für einen Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses. Laut den Erläuterungen des Bundesrats beabsichtigen die Schweiz und die EU, diesen Beschluss nach Inkrafttreten des Abkommens zu verabschieden. Demnach wären die Beihilfebestimmungen des Freihandelsabkommens im Einklang mit den entsprechenden Bestimmungen des Rahmenabkommens auszuliegen. Dies könnte laut Zurkinden weitreichende Folgen für die Schweiz haben. Potenziell betroffen sieht er Schweizer Unternehmen, die Handel mit der EU treiben. Speziell im Visier sind dabei kantonale Wirtschaftsförderungsmassnahmen. Darunter fallen etwa Vergünstigungen für Firmenansiedlungen, KMU-Beihilfen oder Regionalbeihilfen. Der Gutachter verweist auf die langjährige EU-Praxis, die Beeinträchtigung des Handels innerhalb des Binnenmarktes sehr weit auszulegen. Er empfiehlt deshalb, zumindest zu erwägen, den erwähnten Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses nicht zu unterstützen.

Auch der Bundesrat verweist in seinen Erläuterungen zum Rahmenabkommen in einem kurzen Abschnitt auf diesen Beschluss. Demnach wären die Bestimmungen zur Beihilfe im Freihandelsabkommen nur dann im Einklang mit den entsprechenden Bestimmungen im institutionellen Abkommen auszuliegen, wenn die Vertragsparteien in einem konkreten Streitfall das Schiedsgericht anzurufen beschliessen. Dafür braucht es aber die Zustimmung beider Parteien. Die Schweiz könnte also jedes Mal den Gang ans Schiedsgericht blockieren. Hier besteht ein gewichtiger Unterschied zu den fünf bilateralen Abkommen, die unter den Rahmenvertrag fallen: Bei Streitigkeiten zu diesen Abkommen kann eine Partei allein das Schiedsgericht anrufen. Darauf weist auch Zurkinden hin.

## Das Seco hält sich bedeckt

In seiner Expertise zum Lohnschutz kommt Zurkinden zum Schluss, dass flankierende Massnahmen der Schweiz gegen das Freizügigkeitsabkommen mit der EU verstossen. Dazu zählt er auch die Dienstleistungssperren während ein bis fünf Jahren, die Behörden gegen säumige Firmen aus der EU verhängen können. Sie dürften nach Ablauf der dreijährigen Übergangsfrist unzulässig sein. Das um eine Einschätzung gebetene Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hält sich diesbezüglich bedeckt. Ein Sprecher lässt ausrichten, dass das Parlament bei den Entscheiden über den Schweizer Lohnschutz auch die Vereinbarkeit der Massnahmen mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen beurteilt habe.